

Arm trotz Arbeit

Bereits im Juni 2006 forderte DIE LINKE. die Bundesregierung auf, unverzüglich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Damals lehnten alle Fraktionen diese Forderung ab. DIE LINKE brachte ihr Konzept eines dualen Mindestlohns im Oktober 2006 als Antrag ins Parlament ein. Ergebnis: abgelehnt.

DIE LINKE Remscheid:

Für den 8. Juni 2006 lud die die WASG und DIE LINKE. Remscheid zu einer Info Veranstaltung ein. Folgender Text, unterzeichnet von Hans Wiertz, Marko Röhrig und Fritz Beinersdorf, war in der Einladung zu lesen: „Wer heute noch gut verdient, morgen aber den Job verliert, dem droht nach einem Jahr Arbeitslosenunterstützung der Absturz in die Armut. Einen neuen Arbeitsplatz zu finden, ist schwierig. Die Arbeitsagentur macht Druck; jeder Job, auch wenn er 30% unter Tarif liegt, ist zumutbar. Das Risiko für alle Arbeiter und Angestellten wächst, zu Armutslöhnen arbeiten zu müssen. Arm trotz Arbeit – das darf nicht sein.“

Mit mehreren Infoständen informierte in der Folge DIE LINKE. die Remscheider Bevölkerung zum Thema Mindestlohn.

1. Mai 2007

Getrieben von der LINKEN und mit Blick auf ihre Wählerinnen und Wähler, die mehrheitlich den gesetzlichen Mindestlohn befürworten, behaupteten nun auch SPD und GRÜNE, sie seien für



Die Forderung steht weiter! Hier einer der beiden Sprecher der LINKEN. Remscheid Marko Röhrig bei einer Aktion in der Alleestraße im Jahr 2007.

Mindestlohn- DIE LINKE. wirkt!

einen gesetzlichen Mindestlohn. Am 1. Mai 2007 sammelte sogar der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Remscheid, Jürgen Kucharcyk, auf der Maifeier des DGB Unterschriften für einen gesetzlichen Mindestlohn. Aber das hatte er wohl nicht ernst gemeint, denn als DIE LINKE. wortgleich den Unterschriften-text der SPD übernahm und als Antrag in den Bundestag einbrachte, stimmte er dagegen.

Die CDU?

Landesfürst Jürgen Rüttgers versteht es immer wieder, in seiner One-Man-Show erfolgreich den „Arbeiterführer“ zu spielen. Die schwache Opposition im NRW-Landtag macht ihm das möglich. Tatsächlich aber ist er wie die gesamte CDU Führung gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Argumente der CDU sind die Argumente des Teils der Arbeitgeberschaft, der sein Geschäftsmodell auf Hungerlöhnen aufbaut, wie z.B. die PIN AG.

Diese Unternehmen schrecken nicht

davor zurück, sich eigene „Tarifbruchgewerkschaften“ zu gründen und zu bezahlen.

Die Bevölkerung

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist für Mindestlöhne. Nach einer Emnid – Umfrage vom 25./26. März 2008 sind 73% der Bevölkerung dafür, dass ein Mindestlohn eingeführt wird. Die Anhänger der CDU/CSU befürworten dies zu 62%, die Anhänger der SPD zu 78%, die der FDP zu 66%, die der LINKEN zu 92% und die Anhänger der GRÜNEN zu 76%.

1. Mai 2008

DIE LINKE. wird auch weiterhin ihren Standpunkt vertreten: Um Armut trotz Arbeit wirksam zu verhindern, muss ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro gesetzlich verankert werden.

Fritz Beinersdorf

Profite auf Kosten von Belegschaft und Patienten!

Die Beschäftigten des Sana-Klinikums leisten hoch qualifizierte Arbeit unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen: Häufiger Dienstplanwechsel, kurzfristiges Einspringen auf nicht bekannten Stationen, kein geregelter Überstundenabbau in der Freizeit und geringe Wertschätzung der Arbeit durch den Arbeitgeber.

Motivation sinkt!

Angst um den Arbeitsplatz, psychischer Druck und hohe physische Belastung der Kolleginnen und Kollegen führt zu hohen krankheitsbedingten Ausfällen. Nur die Not der Patientinnen und Patienten spornt immer wieder zu guter Leistung an.

Profitsteigerung durch Personalabbau

Eine grobe Unterteilung des Kostenrahmens umfasst zwei Positionen: Sachkosten ca. 35%, Personalkosten 64%. Die Profitsteigerung zugunsten der Kommanditaktionäre, das sind 33 private Krankenversicherer, entsteht zu einem großen Teil durch „Senkung“ der Personalkosten.

Zeitarbeit im Dienst der Sanaprofiteure

Der Deal ist einfach: Hoch qualifiziertes Personal wird entlassen und dann auf den Weg zur „Arbeitsagentur“ geschickt, unter Druck wird in ein Zeitarbeitsunternehmen vermittelt - und schon ist dasselbe Personal fast rechtlos und zu einem 40% niedrigerem Gehalt wieder im Sana-Klinikum.

DIE LINKE. stellt fest:

Ausgliederungen, Arbeitsverdichtung und Stellenabbau führen dazu, dass die Gesundheitsversorgung auf der Strecke bleibt. Profit ist das erklärte Geschäftsziel von Sana. Hierzu sagen wir:

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Grundrecht.

Jürgen Müller

Leiharbeit verdrängt immer mehr reguläre Arbeitsplätze. Rund 800 000 Menschen müssen in Leiharbeit arbeiten. Allein 4200 Menschen in Wuppertal waren Mitte letzten Jahres nach einer aktuellen Auswertung des DGB Bergisch Land als Leiharbeiter beschäftigt. Damit ist allein in der Zeit von Juni 2003 bis Juni 2007 die Zahl der als Leiharbeiter beschäftigten um rund 2.000 gestiegen. Leiharbeiter sind massivem Lohndumping ausgesetzt; durchschnittlich verdienen sie 40 Prozent weniger als die Stammbeslegschaften. Die zeitlich unbegrenzten Leiharbeitsverhältnisse, die wechselnden Arbeitsplätze und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes machen eine normale Lebensplanung unmöglich.

Die Bundesregierung widersetzt sich selbst geringfügigen Verbesserungen auf europäischer Ebene. DIE LINKE fordert die gesetzliche Begrenzung der Leiharbeit und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten in den Leiharbeitsbetrieben.

1. Ein Betrieb, ein Tarif

Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen erhalten für gleiche Arbeit sowie gleiche Arbeitsbedingungen im Betrieb vom ersten Tag der Tätigkeit an mindestens die gleiche Vergütung wie die Stammbeslegschaft. Per Tarifvertrag kann nur nach oben abgewichen werden.

2. Flexibilitätsbonus

Beschäftigte einer Leiharbeitsfirma erhalten zusätzlich zu ihrer Entlohnung eine Flexibilitätsvergütung. Diese kann auch in Gestalt von bezahlter Freistellung abgegolten werden. Mit dieser Flexibilitätszulage wird der außergewöhn-

lichen Einsetzbarkeit und damit verbundener persönlicher Belastungen der Beschäftigten in der Leiharbeit Rechnung getragen.

3. Befristung für Leiharbeitseinsätze

Beschäftigte der Leiharbeitsfirmen dürfen nur befristet bis maximal sechs Monaten in einem Betrieb entliehen werden.

4. Verbot befristeter Beschäftigung

Leiharbeitsfirmen dürfen ihre Beschäftigten nicht befristet, sondern nur unbefristet beschäftigen. Leiharbeiter/innen erhalten damit den vollen Kündigungsschutz nach Ablauf der 6 monatigen Wartezeit.

5. Begrenzung der Leiharbeitsbeschäftigung

Betriebsräte müssen verbesserte Informationsrechte und ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der maximale Obergrenze für die Beschäftigten in der Leiharbeit im Verhältnis zur Stammbeslegschaft erhalten.

6. Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben

Der Einsatz als "Streikbrecher/in" ist verboten. Die Leiharbeitsfirmen sind verpflichtet, ihren betroffenen Beschäftigten während dieser Zeit den vollen Lohn weiter zu zahlen.

7. Verbot von Ablösesummen und Zeitlimits

Wird ein/eine Leiharbeiter/in vom entleihenden Betrieb eingestellt, darf der Verleihbetrieb keine Ablösesumme verlangen und/oder Fristen festsetzen in denen ein/e Leiharbeiter/in in dem Entleihbetrieb nicht eingestellt werden darf.



Wer sich nicht wehrt der lebt verkehrt! Empörte Mitarbeiter und Patienten demonstrieren vor dem Sanaklinikum



Gute Arbeit - Gute Rente - Gutes Leben

Rentenpolitik von Links

Der LINKEN ist es zu verdanken, dass in der breiten Öffentlichkeit endlich wieder über die Auswirkungen der Rentenkürzungsprogramme der letzten Jahre diskutiert wird. Derweil setzt die große Koalition mit der Rente ab 67 unvermindert den neoliberalen Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung fort. Ergebnis wird sein: Selbst bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung kann die gesetzliche Rente allein, Armut nicht mehr wirksam verhindern.

Dabei ist die systematische Zerstörung des Vertrauens in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente nur Mittel zum Zweck:

während Unternehmen einerseits Sozialbeiträge einsparen, werden andererseits immer größere Teile der Alterssicherung privatisiert und den Kapitalmärkten überantwortet.

In Zukunft gilt: Nur wer immer größere Teile seines Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorgesysteme steckt, kann im Alter seinen Lebensstandard halten. Gerade die Debatte der letzten Wochen über den Anlagebetrug bei der Riester-Rente zeigt, dass vor allem die Geringverdienenden im Alter leer ausgehen können. Mit zahlreichen Vorschlägen und Initiativen hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE im letzten Jahr immer wieder auf das Problem drohender Altersarmut aufmerksam gemacht. Zugleich haben

wir eigene konzeptionelle Vorschläge vorgelegt, wie der sozialpolitische Ausverkauf der gesetzlichen Rente gestoppt und der Solidargedanke einer lebensstandardsichernden Rente im Alter gestärkt werden kann. Gleichzeitig hat der Parteivorstand in seiner Sitzung am 28. Januar einstimmig eine "Rentenkampagne der LINKEN" beschlossen. Kern der Kampagne wird die Verteidigung der gesetzlichen Rente als soziales Sicherungssystem im Alter sein. Ziel der Kampagne ist es, die Rentenpolitik zu einem der zentralen Themen in den anstehenden Wahlen in Bund und Ländern zu machen. Mit den von der Bundestagsfraktion DIE LINKE entwickelten Eckpunkten für eine solidarische und sichere Rente haben wir bereits den Grundstein gelegt: Hierzu gehören neben der Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren, einem klaren Nein zur Rente mit 67 und der schrittweisen Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente auch ein stärkerer Solidausgleich sowie die Überwindung der Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner.

Es bleibt dabei: Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein.

Termine:

Die **LINKE. Remscheid** trifft sich zu ihren Mitgliederversammlungen jeden **ersten Montag im Monat** um 19:30 Uhr im **Arthur-Becker-Centrum** in der Alexanderstraße 30

Am **5.5.2008** treffen wir uns zu einem **Stammtisch**. Hier kann jeder in **gemütlicher Runde** über alles reden was einem gerade auf der Seele liegt. Dies ist vielleicht eine gute Gelegenheit uns in entspannter Atmosphäre **kennenzulernen**.

Spenden:

Die LINKE Remscheid ist arm, aber sexy

Die Spende kommt zu 100 % dem Kreisverband Remscheid zu Gute und unterstützt unsere Arbeit vor Ort.

Unsere Kontoverbindung

DIE LINKE. Kreisverband Remscheid
Stadtparkasse Remscheid
KTO 211 88
BLZ 340 500 00

Ihre Spende ist steuerlich abzugsfähig.

Kontakt:

Wenn Sie mehr Informationen über DIE LINKE. Remscheid wünschen besuchen Sie doch einfach unsere Website.

www.dielinke-remscheid.de

Sie können uns aber auch eine E-Mail schreiben

info@dielinke-remscheid.de

Wenn Sie den Postweg bevorzugen:

DIE LINKE.

Kreisvorstand Remscheid

c/o Axel Behrend

Am Müggenbach 9

42855 Remscheid

Impressum:

DIE LINKE. Kreisvorstand Remscheid
V.i.s.d.P.

c/o Axel Behrend

Am Müggenbach 9

42855 Remscheid

Tel. 02191 591 14 13

E-Mail: info@dielinke-remscheid.de

Redaktionsschluss 24.04.2008

Petition an den Landtag von Nordrhein-Westfalen: Tariftreue und Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen - für ein neues Vergabegesetz in NRW!

Land und Kommunen in NRW vergeben öffentliche Aufträge oft nach dem Prinzip des ‚niedrigsten Preises. Damit werden Lohn- und Sozialdumping sowie ein brutaler Preiswettbewerb befördert. Leidtragende sind die Beschäftigten, die trotz Arbeit arm bleiben. Aber auch der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, weitere wichtige soziale Anliegen wie die Geschlechtergerechtigkeit, der Klimaschutz und internationale Menschenrechte bleiben auf der Strecke. Damit muss Schluss sein!

NRW braucht wieder ein Gesetz, das Tariftreue, Mindestlöhne und wichtige sozial-ökologische Kriterien für die Durchführung öffentlicher Aufträge festschreibt. Ganz wichtig dabei: Solch ein Gesetz muss auch wirksam umgesetzt, kontrolliert und mit Sanktionen versehen werden! Es hieß, das frühere

Tariftreuegesetz in NRW wurde nicht gut umgesetzt. Auf Druck der Wirtschaft wurde es dann aufgehoben. Dies war die völlig falsche Reaktion. Wenn eine sinnvolle Maßnahme schlecht umgesetzt wird, dann streicht man sie nicht, sondern macht es besser! Des-halb: "Für ein tariftreues Nordrhein-Westfalen!"

Der Europäische Gerichtshof hat im sog. Urteil Rüffert das niedersächsische Landesvergabegesetz mit einem Federstrich zunichte gemacht und startet damit einen Generalangriff auf alle Tariftreueergelungen. Deshalb ist eine Bundesratsinitiative notwendig, mit der die Regierung aufgefordert wird, auf der europäischen Ebene für eine Klarstellung aktiv zu werden.

Wir fordern den Landtag auf, ein Vergabegesetz zu beschließen

- ✓ das Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen garantiert,
- ✓ Mindestlöhne über 8,- festschreibt,
- ✓ wichtige soziale und ökologische Kriterien einbezieht,
- ✓ eine wirksame Umsetzung und Kontrolle vorsieht
- ✓ und Sanktionsmöglichkeiten ‚aufgeflogener‘ Unternehmen beinhaltet!

sich für eine Bundesratsinitiative einzusetzen, die die Bundesregierung auffordert, für die Aufnahme der Tariftreue in die EU-Vergaberichtlinie und EU-Entsenderichtlinie aktiv zu werden.

ErstunterzeichnerInnen: Ulla Lötzer (MdB), Hüseyin Aydin (MdB), Wolfgang Zimmermann (Landessprecher DIE LINKE. NRW), Gregor Falkenhain (ver.di Landes-FB-Leiter Bund/Länder NRW), Frank Fassin (ver.di Landes-FB-Leiter Finanzdienstleistung NRW), Holger Vermeer (IG BAU Br.sek. Baugewerbe Rheinland), Marko Röhrig (BundessprecherInnenrat AG b&g DIE LINKE), Ingrid Kolbe (Sprecherin AG b&g NRW), Zeynep Dere (stv. PRV, Sprecherin AG b&g NRW), Werner Ley (Gewerkschaftssekretär FB 8, ver.di NRW), Martin Nees (Gewerkschaftssekretär), Bernd Bajohr (Geschäftsführer ver.di Bez. Münsterland) Helmut Born (ver.di LBV NRW, BR-Vorsitzender), Walter Brinkmann (ver.di Vorsitzender OV Lippe, BR), Stephe Karger (Vorsitzende ver.di Bez. Herford-Minden-Lippe), Peter Köster (Stellv. Bez.-Vorsitzender IG BAU, Konzern-BR), Günter Kralj (IG BAU Vorsitzender Essen), Ulrich Schlüter (IG BAU Vorsitzender AK BR MülheimEssen-Oberhausen), Nicola Seggewies (Vorsitzende ver.di Bez. Münsterland), Thomas Keuer (ver.di-Bezirksgeschäftsführer), Binali Demir (BR), Brigitte Diesterhöft (PR), Kenan Ilhan (BR), Erkan Kocalar (BR), Martin Koerbel-Landwehr (PR-Vorsitzender, Mitglied GTK ver.di), Jörg-Michael Nikulka (BR), Dieter Uhlenbruch (BR), Ulrike Zerhau (stv. Parteivorsitzende DIE LINKE), Stefan Krug (Sprecher DIE LINKE. Ennepe-Ruhr-Kreis) Hermann Dierkes (Fraktionsvors. DU), Frank Laubenburg (Ratsherr LINKE LISTE DÜ), Funktionsbezeichnungen dienen nur der Information.

Name,Vorname	Adresse	Gewerkschaftliche / betriebliche Funktion*	Unterschrift
		*Funktionsbezeichnungen dienen nur der Information.	

Ausgefüllte und unterschriebene Listen bitte einsenden an:

Die Linke. Remscheid
c/o Axel Behrend
Am Müggenbach 9
42855 Remscheid